

Interpellation (Art. 63 GRSR)

Erstunterzeichnende

Sitzplatz- Nr.	Vorname / Name	Partei	Unterschrift
148	Lena Allenspach	SP	
149	Johannes Wartenweiler	SP	
76	Mirjam Roder	GFL	
176	Raffael Joggi	AL	
134	Esther Meier	GB	

Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Wie will der Gemeinderat die Zukunft des Fonds sichern?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle finanzielle Lage des Fonds sowie die in den kommenden Jahren erwarteten Defizite?
2. Welche rechtliche bzw. reglementarische Grundlage stützt die heutige Ausschüttungspraxis mit Sockelbetrag und Gewinnanteil?
3. Weshalb wird die Ausschüttung auf dem gesamten Eigenkapital und nicht - wie im Reglement vorgesehen - auf dem Dotationskapital berechnet?
4. Welche Auswirkungen hätte es auf die Substanz des Fonds, wenn die derzeitige Ausschüttungspraxis trotz prognostizierter Defizite beibehalten wird?
5. Ist der Gemeinderat bereit, den Sockelbetrag der Ausschüttung vorübergehend zu reduzieren, um die finanzielle Stabilität des Fonds zu gewährleisten? Falls nein, weshalb nicht?
6. Welche alternativen oder flexiblen Modelle prüft oder sieht der Gemeinderat zur zukünftigen Gestaltung der Abgeltung?

Begründung

Das Kapital des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik wird derzeit mit rund 30 Millionen Franken verzinst. Dieser Betrag ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angewachsen. Aktuell erfolgt die Auszahlung über zwei Komponenten:

einen Sockelbetrag sowie einen Gewinnanteil. Die Finanzplanungen zeigen nun für die kommenden Jahre deutliche Defizite. Setzen sich diese Entwicklungen fort, wird die Substanz des Fonds langfristig ernsthaft angegriffen. Trotz dieser absehbaren Risiken ist derzeit nicht ersichtlich, dass der Gemeinderat eine Anpassung der Ausschüttungspraxis prüfen möchte. Der Fonds ist ein wichtiges Instrument um in der Stadt Bern mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es darf keinesfalls erneut zu einem Verkauf von Liegenschaften kommen, damit der Fonds rentabel bleibt. Fixe Abgabemodelle, die nicht mit den finanziellen Möglichkeiten des Fonds vereinbar sind, dürfen nicht auf die Mieter:innen abgewälzt werden. Es ist daher aus Sicht der Interpellant:innen unabdingbar, die Abgeltung des Fonds an die Stadt genauer anzuschauen und gegenfalls den realen Gegebenheiten und dem wohnpolitischen Auftrag des Fonds anzupassen.

Dringlichkeit

Wird für den Vorstoss Dringlichkeit verlangt?

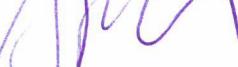
ja

nein

Kurze Begründung:

Bern, 4. Dezember 2025

Mitunterzeichnende

Sitzplatz- Nr.	Vorname / Name	Partei	Unterschrift
138	Timur Akcasoy	SP	
141	Laura Binz	SP	
142	Cemal Özcelik	SP	
143	Magim Osmann	SP	
145	Lucas Schnyder	SP	
146	Lukas Wagnleitner	SP	
152	Dominique Abdell		
151	Charon Sonnenburg		
147	Dominik Witz		
156	Andrea Silvink	SP	
155	Nora Kummer	SP	
158	Valentina Adelmann	SP	
159	Hilay Ceniz	SP	

160	Bhouda Gourat	YUSO	Janina ②
150	Nadine Aebischer	SP/FSO	Re
157	Monique Fei	SP/FSO	Moni
165	Zemadette Häfiger	SP	3. Platz
168	#mum Amhish	SP/HSO	Amhish
167	Mehmet Özdemir	SP	
165	Szabolcs NIHALYI	SP	
68	Jicob Rufi	GFL	F. Rufi
67	Caedra Cheekin	GFL	C. Cheekin
75	Tanya Miljanovic	GFL	T. Miljanovic
77	Midia Backland	GFC	
175	Matteo Miretti	PdA	Miretti
173	David Böhme	AL	D. Böhme
174	Tobias Schuhacher	TF	T. Schuhacher
133	Anna Lessing	GB	A. Lessing
135	Lea Riu	GB	L. Riu
104	Katharina Gallizzi	GB	K. Gallizzi
103	Karel Zichli	GB	K. Zichli
100	Nora Joos	JA!	N. Joos
117	Mirjam Chatterjee	JA!	M. Chatterjee
204	Jelena Filipovic	GB	J. Filipovic